INTERVIEW

«Solange eine Region oder eine Gruppe nicht systematisch überstimmt wird, kann die Schweiz mit den politischen Gräben umgehen»

Neben der Kluft zwischen Stadt und Land werden bei Abstimmungen immer wieder auch weitere Gräben und tiefe Spaltungen in der Schweiz sichtbar. Der ***Berner Politologe Werner Seitz, Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien» im Bundesamt für Statistik in Neuchâtel****, analysiert den «neuen Zusammenhalt» in der Schweiz nach den bedeutendsten Abstimmungen in diesem Jahr: der Zuwanderungsinitiative und Ecopop. Das Interview führte Sabine Bitter für die Sendung «Kontext» vom 4. Dezember auf Radio SRF 2.*

▸ AUFGEZEICHNET VON GIAN ANDREA MARTI UND LARISSA M. BIELER

BÜNDNER TAGBLATT: ***Werner Seitz, sowohl bei der Masseneinwanderungsinitiative und auch bei Ecopop, den beiden wichtigen Abstimmungen in diesem Jahr, ging es um eine Konfliktlinie: «Öffnung – Abschliessung». Wie stark ist dieser Konflikt, wenn wir auf die letzten 25 Jahre zurückschauen?***

WERNER SEITZ: Diese Konfliktlinie «Öffnung – Abschliessung» tauchte erstmals Anfang der Neunzigerjahre auf. Sie bildete sich im Zuge der forcierten Globalisierung und der Europafrage. Schlagartig zeigte sie sich bei der Abstimmung über den EWR im Dezember 1992 und dann in der Folge bei einer ganzen Reihe von weiteren aussenpolitischen Vorlagen. Sie ist aber nicht eine Konstante und schon gar nicht die einzige Konfliktlinie, die unsere Gesellschaft prägt. Sie ist aber seit 20 Jahren diejenige Konfliktlinie, die das Parteiensystem am stärksten beeinflusst hat. Sie bewirkte eine Umgruppierung im bürgerlichen Lager zugunsten einer massiv erstarkten SVP auf Kosten der CVP und der FDP.

Bleiben wir vorerst bei diesen Fragen der Öffnung: Abstimmungen zu diesem Thema sind nicht nur in der Schweiz ein bevorzugtes Terrain für rechtskonservative Parteien. Bei uns ist es vor allem die SVP, die von der Europäischen Union unabhängig sein will und auch Migranten zurückdrängt. Auf der anderen Seite steht eine liberal-progressive Schweiz, die internationale Zusammenarbeit möchte, Menschenrechte und das Völkerrrecht hochhält. Diese Spaltung scheint sich wie ein roter Faden durch die politische Landschaft zu ziehen. Was bewirkt diese Spaltung?

Einerseits eine gewisse Verhärtung im Politikstil, weil die beiden Pole stärker geworden sind. Es ist aber nicht so, dass einer der Pole mehrheitsfähig wäre. Es gibt zwischen diesen beiden Polen eine Mitte,

> «
> Entscheidend ist, welcher der beiden Pole die Mehrheit der Mitte für sich gewinnen kann
> »

und je nach Fragestellung ist entscheidend, wer die Mehrheit dieser Mitte für sich gewinnen kann. Dann geht eben eine Abstimmung in die eine oder andere Richtung aus.

Bei Abstimmungen fällt auch auf, dass die Bevölkerung in der Stadt oft anders abstimmt als diejenige auf dem Land. Wie wichtig ist diese Trennlinie?

Der Stadt-Land-Graben ist bedeutend, gerade auch weil er häufig auftritt. Vor den Neunzigerjahren waren die klassischen Stadt-Land-Themen vor allem Mieterschutz, Konsumentenschutz oder Landwirtschaftspolitik. Mittlerweile sind neue Fragen hinzugekommen, wie beispielsweise verkehrs- und aussenpolitische Themen. Immer wichtiger werden auch Werte, die von Stadt und Land nicht gleichermassen geteilt werden. Dazu gehört beispielsweise die Gleichstellung der Frauen, die Frage des Schwangerschaftsabbruchs, die Liberalisierung der Drogen, die Registrierung der gleichgeschlechtlichen Paare. Solche Fragen polarisieren derzeit am stärksten zwischen Stadt und Land. Das zeigt auch, dass der Stadt-Land-Konflikt ursprünglich ein ökonomischer Konflikt, ein Verteilungskampf, war und jetzt zu einem Wertekonflikt geworden ist.

Diese Trennlinie zwischen Stadt und Land wird zu einer sozialen gesellschaftlichen Grenze?

In einem gewissen Sinne schon. Die wirtschaftliche Struktur der Städte unterscheidet sich deutlich von jener des Landes. Das spiegelt sich auch in den Bildungsstrukturen. Der Stadt-Land-Graben ist stark auch von der Ausbildung geprägt.

Oft sind ja Stadt und Land nicht mehr trennscharf zu unterscheiden. Im Raum zwischen den Städten gibt es die Agglomeration. Welche Rolle spielt diese?

Die Agglomeration spielt eine entscheidende Rolle. Die Grossstädte machen etwa 15 Prozent der Bevölkerung aus, die agrarische Landschaft etwa zehn Prozent. Dann gibt es noch kleine und mittelgrosse Städte. Alles andere ist, salopp gesagt, Agglomeration. Die Agglomeration ist allerdings nicht homogen. Historisch betrachtet sind zumindest zwei Typen von Agglomeration zu unterscheiden: suburbane und periurbane Agglomerationsgemeinden.

Und das heisst?

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchsen die Städte über ihre Grenzen hinaus in den Gemeindegürtel um die Stadt herum. In diesem Gürtel von suburbanen Gemeinden lebten so einerseits Alteingesessene und andrerseits Zugewanderte. Dies waren Arbeiter, die vor zu hohen Mieten aus den Städten ausgewichen waren, sowie Ausländer. In den suburbanen Gemeinden machten sich zunehmend Sorgen um die kulturelle Identität breit. Nach den Sechzigerjahren wurden neue Zonen erschlossen, die abgekoppelt von den Städten waren. Es entstanden die periurbanen Agglomerationsgemeinden. Hier wohnen die besser Betuchten in ihren Einfamilienhäusern. Gesellschaftspolitisch gesehen lebten in den suburbanen Gemeinden vor allem Leute, die nationalkonservativ sind und der SVP nahestehen, in den periurbanen Gemeinden stimmen die Leute dagegen eher wirtschaftsfreundlich, sie sind liberalkonservativ oder rechtsliberal.

Neben der Kluft zwischen Stadt und Land wird bei Abstimmungen oft ein weiterer Graben sichtbar. Ein Graben, der es zu einer gewissen Berühmtheit gebracht hat – der Röstigraben, der die Westschweiz von der Deutschschweiz trennt und ebenfalls die Sprachgrenze markiert. Welche Rolle spielt dieser Röstigraben?

Der Röstigraben ist relativ jung im Vergleich zu den anderen Gräben wie beispielsweise dem konfessionellen Graben oder dem angesprochenen Stadt-Land-Graben. Als die Schweiz 1848 gegründet wurde, sind die Sprachregionen – vor allem die französischsprechende Regionen – automatisch integriert worden. Die Romands mussten nie derart um Anerkennung kämpfen wie die Sozialisten oder die Katholisch-Konservativen. Die Romands zeichneten sich jedoch durch einen ausgeprägten Föderalismus aus. Sie stellten sich gegen die Vereinheitlichungsbestrebungen der Radikalen, der Vorgänger des Freisinns. Ansonsten zogen sie aber in dieselbe Richtung wie die Radikalen aus der Deutschschweiz. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber begann sich plötzlich das Verhältnis zwischen den Sprachregionen zu verschlechtern. Auf beiden Seiten versuchten die Intellektuellen, die Superiorität ihrer Kultur gegenüber der anderen hervorzuheben. Es wurde gar von der Gefahr der «Verwelschung» der Deutschschweiz oder der «Germanisierung» der Romandie gesprochen. Diese Spannungen brachen im Ersten Weltkrieg voll aus, als die aussenpolitischen Sympathien entlang der Sprachgrenzen verliefen. Die Romands sympathisierten mit Frankreich, die Deutschschweizer mit Deutschland. Während des Ersten Weltkrieges selber kam es innen-

> «
> Der Stadt-Land-Konflikt, ursprünglich ein Verteilkampf, ist heute zu einem Wertekonflikt geworden
> »

politisch zu mehreren Zwischenfällen, welche die Spannungen zwischen den Sprachregionen weiter anheizten. Die sprachkulturelle Spaltung beruhigte sich nach dem Ersten Weltkrieg etwas, sie dauerte aber noch bis in die Dreissigerjahre an. Die Eliten zogen aber ihre Lehren daraus, im Zweiten Weltkrieg herrschte im Zug der geistigen Landesverteidigung ein relativ gutes Einvernehmen zwischen den Sprachregionen.

Dieser Röstigraben vom Ersten Weltkrieg wurde später dann überwunden?

Ja, und zwar mit ganz bewussten Massnahmen. Mit der ggeistigen Landesverteidigung wurde die Eintracht der Sprachen gepflegt und zum General wurde mit Henri Guisan ein Romand gewählt, der in der Bevölkerung sehr populär werden sollte. Die Mehrsprachigkeit wurde fast ein bisschen verklärt. Ausdruck davon ist auch, dass man das Rätoromanische zur vierten Nationalsprache erhoben hat.

Man kreierte eine neue Sprachenpolitik als Teil der geistigen Landesverteidigung.

Ja, die Mehrsprachigkeit war ein Teil des Nationalbewusstseins der Schweiz. Die Schweiz zeichnete sich ja nicht dadurch aus, dass sie zu einer grossen Sprachregion gehörte, sondern sie war mehrsprachig. Dieses Selbstverständnis wurde bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt. Richtig fruchtbar gemacht aber wurde es im Zweiten Weltkrieg im Rahmen der geistigen Landesverteidigung.

Trotzdem spielt dieser Röstigraben bei Abstimmungen hin und wieder eine Rolle, zum Beispiel wenn es um Fragen geht, wie die Schweiz ihr Verhältnis zu Europa gestalten soll. Was sind da die schlagendsten Beispiele dafür?

Die Romandie hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg relativ stark verändert. Das hängt in erster Linie damit zusammen, dass sich die kantonalen Identitäten abbauten. Mit dem Aufkommen der sprachregional ausgerichteten Massenmedien wurde die sprachregionale Identität gestärkt, vor allem in der Romandie. Vorher gab es die fünf Kantone Waadt, Neuenburg, Genf sowie Freiburg und Wallis, die sich wirtschaftlich und konfessionell unterschieden. Im Kontext dieses neu entstehenden Bewusstseins und im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung und der wirtschaftlichen Entwicklung rückte die Romandie politisch nach links, nachdem sie bis zum Zweiten Weltkrieg eher rechts gestanden hatte. Diese Neupositionierung der Romandie äusserte sich etwa darin, dass die Romandie sozialpolitisch viel offensiver war und stärkere Forderungen an den Staat stellt als die Deutschschweiz. Auch bezüglich des verkehrspolitischen Verhaltens oder überhaupt der Einstellung zur Verkehrspolitik unterscheidet sich die Romandie von der Deutschschweiz. Die Deutschschweiz favorisiert den öffentlichen Verkehr und die Romandie den Privatverkehr. Und der dritte grosse Themenbereich ist eben die Aussenpolitik, wo die Romandie sich klar öffnungsfreundlicher zeigt als die Deutschschweiz.

Grosse Analyse: Der Berner Politologe Werner Seitz nimmt die Schweizer Parteienlandschaft, die Mehrsprachigkeit, den Stadt-Land-Konflikt und vieles mehr fürs BT unter die Lupe. (FOTO UWE SCHÄDELIN)

Sie haben es vorhin auch schon kurz angesprochen, neben dieser Stadt-Land-Kluft, neben sprachregionalen Differenzen, gab es in der Geschichte der Schweiz auch einen starken Graben zwischen katholischer und reformierter Schweiz. Dieser Graben spielt heute kaum mehr eine Rolle, war aber über lange Zeit sehr bedeutend. Warum?

Der konfessionelle Graben in der Schweiz ist wirklich sehr alt. Er datiert aus der Zeit der alten Eidgenossenschaft und bildete sich im Zuge der Reformation heraus. Da ging es allerdings nicht nur um die Konfession. Es ging auch um unterschiedliche Weltbilder oder auch wirtschaftspolitische Unterschiede. Für die Schweiz war es wichtig, dass im 19. Jahrhundert die politischen Auseinandersetzungen immer wieder konfessionell überlagert wurden. Stichworte dazu sind etwa die Jesuitenberufungen oder Klösteraufhebungen. Da bedienten sich die Radikalen zur Befeuerung ihrer Argumente antikatholischer Reflexe. Das stand dann auch Pate bei der Gründung der Schweiz 1848. Diese ging ja aus dem Sonderbundskrieg heraus, der sich zwischen Katholisch-Konservativen und den Radikal-Liberalen abspielte. Nachdem die Katholisch-Konservativen den Sonderbundskrieg verloren hatten, zogen sie sich in ihre Stammlande zurück und sie bauten eine Parallelgesellschaft auf. Diese hielt etwa 100 Jahre lang an bis in die Sechzigerjahre. Dann löste sie sich im Zuge der gesellschaftlichen Säkularisierung auf. Graubünden war – wie auch der Aargau – ein konfessionell gemischter Kanton, in dem keine Konfession dominierte. Von einer konfessionellen Durchmischung aber konnte keine Rede sein: Katholiken und Reformierte lebten regional deutlich voneinander getrennt. In der Schweizer Politik schafften es die Katholisch-Konservativen zusammen mit den föderalistischen Romands immer wieder, die Vereinheitlichungsbestrebungen der Radikalen zu stoppen. Als dann im Jahre 1891 die Katholisch-Konservativen in den Bundesrat integriert wurden, flaute der politische Gegensatz etwas ab. Kulturell und mental blieben die Katholisch-Konservativen jedoch bis in die Sechzigerjahre in ihrer Parallelgesellschaft verwurzelt. Nach den Sechzigerjahren im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung, dem Aufkommen der Massenmedien und der ansteigenden Mobilität löste sich diese Gesellschaft relativ schnell auf und der konfessionelle Graben spielte keine Rolle mehr.

Wenn wir uns das so vor Augen halten: Die Gefahr des Auseinanderdriftens hat in der Schweiz immer wieder bestanden. Zum Teil waren diese Spaltungen sehr tief. Zu einem Auseinanderbrechen des Landes kam es aber dennoch nicht. Wie hat die Schweiz das geschafft?

Die Schweiz hat eine Tradition der Konsensfindung, aber ich würde diese nicht überbewerten. Bei einigen dieser Spaltungen war es eine günstige gesellschaftliche Entwicklung, welche die Rahmenbedingungen veränderte und so die Gräben schwächer werden liess. Trotzdem kann man sagen, dass die gesellschaftspolitische Elite eine gewisse Sensibilität für das Zusammenleben der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufbrachte. Bei den Katholisch-Konservativen hatte ich ja erwähnt, dass sie sich in ihre Parallelgesellschaften zurückgezogen haben. Das gilt aber nicht für alle Katholiken. Es gab namhafte radikale Katholiken, die sich am Aufbau des neuen radikalen Bundesstaates beteiligt haben. Bereits im ersten Bundesrat sassen zwei Katholiken. Das war der Tessiner Stefano Franscini und der Solothurner Josef Munzinger. Gerade solche Katholiken waren sehr wichtig für den Zusammenhalt und den Aufbau der Schweiz.

Das heisst aber, es gab so etwas wie eine geistige Elite, die sich auch bewusst über diese Gräben hinwegsetzte?

Ja, die gab es. Nicht nur bei den Konfessionen, es gab sie auch bei den Sprachen. Ich erinnere etwa an Carl Spitteler, der vor 100 Jahren vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Zürich eine Rede gehalten hat, in der er sich eindrücklich für einen Brückenschlag zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz stark machte. Solche Mahner gab es immer wieder. Wenn wir uns an die schwierige Situation von 1992 nach dem EWR-Nein erinnern: Die Medien in der Romandie machten am Abstimmungssonntag ihrem Ärger wortreich Luft und Jean-Pascal Delamuraz, der Waadtländer Bundesrat, sprach von einem «schwarzen Sonntag». Relativ schnell trat dann aber eine Phase der Versachlichung ein, es wurde eine Verständigungskommission eingesetzt, und nach einiger Zeit schon bemühten sich die Medien um vermehrte Zurückhaltung. In jüngerer Zeit ist gar festzustellen, dass man mehr im positiven Sinne übereinander berichtet. Das hat Wirkung gezeigt. Auch wenn die Romandie in jüngerer Zeit gelegentlich von der Deutschschweiz überstimmt wurde, gab es keine gehässigen Diskussionen mehr über den Röstigraben.

Sie haben ein weiteres Stichwort angesprochen: Die Gegner gingen medial aufeinander los. Ein Phänomen, das wir auch heute kennen. Seit 25 Jahren existiert diese stark polarisierte Parteienlandschaft mit der SVP auf der einen Seite und den Grünen und der SP auf der andern Seite. Wie schätzen Sie die Entwicklung dieser starken Polarisierung ein?

Diese Polarisierung setzte eigentlich bereits in den Achtzigerjahren ein, zuerst am linken Rand. Die SP war bis in die Siebzigerjahre eine eher traditionelle, gewerkschaftlich orientierte Partei. Unter dem Eindruck der 68er-Bewegung und auch der neuen sozialen Bewegungen – Stichworte Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegungen – hat sich die SP inhaltlich neu positioniert und nahm dabei einen Bruch mit Teilen der Gewerkschaften und der traditionellen SP in Kauf. Sie positionierte sich stärker links und näher bei den neuen sozialen Bewegungen. Sie konnte dabei bei den neuen Mittelschichten punkten, verlor aber bei den Arbeiterkreisen. Auf diesem linken Pol wurde die SP von

> «
> Diese rechtspopulistischen Bewegungen in anderen Ländern in Europa sind sich recht ähnlich
> »

den Grünen unterstützt, die ebenfalls eine linke Position im Parteienspektrum einnehmen. In den Neunzigerjahren kam mit der Ablehnung des EWR die Stunde der SVP. Die SVP war über 60 Jahre lang eine Elf-Prozent-Partei, relativ stabil im ländlichen Gebiet, vor allem in protestantischen Kantonen, und nun setzte sie zu einem Siegeszug an, wie man ihn noch nie gesehen hat. Als Erstes übernahm sie die Autopartei, das war eine antiökologische Bewegung, die in den Achtzigerjahren elektoral sehr erfolgreich war. Darauf richtete sich die SVP gegen FDP und CVP, die sie heftig kritisierte und attackierte und ihnen sehr viele Wähler abnahm. Und am Schluss – die SVP war damals noch weitgehend eine Deutschschweizer Partei – machte sie den Sprung in die Romandie. Sie konnte auf der ganzen Ebene massiv punkten und steigerte sich von elf auf fast 30 Prozent. Dramatisch für die CVP war der Einzug der SVP in die katholischen Stammlande. Diese waren während mehr als 100 Jahren in den Händen der Katholisch-Konservativen. Eine reformierte Partei hatte dort überhaupt keine Chancen. Mit dem Öffnungsdiskurs, den die CVP-Elite mittrug, kam die Chance für die SVP, in diesen katholisch-konservativen Stammlanden Fuss zu fassen. Und sie hat das offensichtlich dauerhaft gemacht.

Also zum Beispiel in Kantonen wie St. Gallen oder Luzern?

Ja, vor allem auch in der ganzen Innerschweiz, im Wallis und in Freiburg. Hier hat die CVP massiv verloren. Und das Tragische für die CVP ist, dass sie mit ihrem Öffnungs- und Modernisierungskurs diese Verluste im Mittelland nicht kompensieren konnte. Das erklärt auch den massiven gesamtschweizerischen Einbruch der CVP in den letzten 20 bis 30 Jahren.

Nun war die Schweiz aber mit aussenpolitischen Fragen nicht allein, wenn wir an die Neuordnung Europas nach dem Mauerfall denken. Diese Fragen stellten sich in vielen Ländern. Das Verhalten gegenüber anderen europäischen Ländern, die eigene Identität, die Gewichtung der eigenen Nationalstaatlichkeit. Trotzdem war die Schweiz irgendwie aussen vor. Inwiefern hatte sie da eine Sonderrolle?

Sie sagen zu Recht, dass die anderen Länder diese Fragen auch haben. Und sie haben auch dieselben Bewegungen. Wir haben einen Front National in Frankreich oder eine FPÖ in Österreich. Diese rechtspopulistischen Bewegungen sind sich sehr ähnlich, sie richten sich gegen die EU, befürworten eine konservative Gesellschaft und sind ablehnend gegenüber Ausländern. Im Inland wenden sie sich gegen sogenannte «Sozialschmarotzer». Auf dieser Ebene gleichen sich diese Parteien sehr. Was die Schweiz unterscheidet ist, dass alle drei Monate über drei bis vier Themen abgestimmt wird. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass immer wieder über eine von diesen Konfliktlinien diskutiert wird. Das macht diese Konfliktlinien sichtbar, sie sind belebt und man kann sie bearbeiten. Das ist im benachbarten Ausland, wo die direkte Demokratie nicht oder nur teilweise vorhanden ist, nicht oder kaum der Fall. Dadurch kann der Eindruck entstehen, dass die Schweiz ein polarisiertes Land ist. In einem gewissen Sinn ist sie das, aber sie ist nicht nur in eine Richtung polarisiert. Es gibt ein Kraftfeld mit verschiedenen politischen Konfliktlinien, die sich überschneiden.

Beim Beispiel der neusten Abstimmungen zur Masseneinwanderungsinitiative und zu Ecopop ging es auch um Verlierer und Gewinner einer solchen Öffnung. Sie sagen, da spielt auch der Konflikt eine Rolle, wer von dieser Modernisierung profitiert und wer nicht. Wer sind eigentlich diese Verlierer oder Gewinner?

In der Wissenschaft werden die Vertreter der sogenannten neuen Mittelschicht zu den Gewinnern dieser Konfliktlinie gezählt. Leute mit einer guten Ausbildung, die in der öffentlichen Verwaltung oder im Gesundheitswesen arbeiten. Gewinner sind aber auch Leute, die in exportorientierten Dienstleistungssektoren arbeiten. Eben Leute, für die die Öffnung der Grenzen neue Möglichkeiten schafft. Als Verlierer gilt dagegen die alte Mittelschicht. Das sind Handwerker, Kleinhandel, Bauern und Arbeiter. Für sie ist diese Öffnung eher eine Bedrohung. Vielleicht nicht nur wirtschaftlich. Häufig – und das ist bei dieser Konfliktlinie wichtiger – ist es eine kulturelle Bedrohung.

Zum Beispiel?

Es gibt eine De-Nationalisierung. Die nationale Politik kann nicht mehr alles alleine bestimmen, und es müssen externe Gesetze und Regelungen nachvollzogen werden, und es ist die Rede von externen Richtern. Dies kratzt am traditionellen Selbstverständnis einer politisch souveränen Schweiz.

Diese Konfliktlinie zwischen Öffnung und Schliessung sei ein starker Treiber für die polarisierte Parteienlandschaft, aber auch für die aktuelle Spaltung der Gesellschaft. Und es gibt diese kulturelle Dimension. Was bedeutet das für die politischen Parteien in den nächsten Jahren?

Ein gutes Beispiel ist, wie die SVP diese kulturelle Dimension besetzt hat. Sie hat mit grossem Geschick ein ganzes Paket von politischen Mythen geschnürt. Mythen, die zur Zeit der geistigen Landesverteidigung aktualisiert wurden, die aus dem späten 19. Jahrhundert stammen. Es sind Mythen um Freiheit, Widerstand, Verteidigung, Selbstbestimmung. Und sie stellt diese Mythen, die in weiten Teilen der Bevölkerung positiv verankert sind, gegen diese Öffnungstendenzen, gegen die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Hier stellt sich die Frage, ob die anderen Parteien nur mit einer utilitaristischen Logik argumentieren können und sagen: «Wir müssen da rein und mittun» oder ob sie vielleicht nicht auch ihre Vorstellungen bildlicher darstellen könnten, damit diese ebenso Werte wie Sicherheit oder Geborgenheit ausstrahlen. Man könnte ja zum Beispiel darauf hinweisen, dass der Rechtsstaat die Kleinen schützt und dass gesetzliche Abmachungen den Kleinen helfen. Wichtig ist sicher, dass man versucht, die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen.

Ziehen wir ein Fazit. Driftet die Schweiz nun auseinander oder zieht sie gerade aus den häufigen politischen Spaltungen ihre Stärke? Und kann sie diese eben auch aushalten, da es eine Kultur gibt, um diese Gräben zu überwinden?

Es gab früher viel tiefere Gräben. Die Schweiz hat es letztlich immer wieder geschafft, dass diese Gräben überwunden werden konnten. Auch wenn das manch-

> «
> Die anderen Parteien könnten ihre Vorstellungen vielleicht auch bildlicher darstellen
> »

mal Jahrzehnte dauerte. Manchmal hat die gesellschaftliche Entwicklung mitgeholfen, manchmal waren auch Bestrebungen von Persönlichkeiten oder Gruppen mitentscheidend. Die Schweiz hat in ihrer Geschichte auch eine Kultur entwickelt, mit diesen Gräben umzugehen. Wichtig für den nationalen Zusammenhalt ist jedoch auch, dass es nicht nur einen einzigen Graben gibt, sondern mehrere Gräben, die sich immer wieder überschneiden. So ist man einmal auf der Gewinner- und einmal auf der Verlererseite. Solange eine Region oder eine Gruppe nicht systematisch überstimmt wird, solange kann die Schweiz mit den politischen Gräben umgehen. Das hat sie in den letzten 150 Jahren gezeigt.

Profunder Kenner der Schweizer Politikgeschichte

Der 60-jährige in Thal (St. Gallen) geborene Werner Seitz studierte **Philosophie, Schweizer Geschichte und Staatsrecht** und promovierte zum Thema politische Kultur. Im **Bundesamt für Statistik** in Neuenburg leitet er die **Sektion «Politik, Kultur, Medien»**. Er verfasste eine Reihe von Analysen über die eidgenössischen Volksabstimmungen und Wahlen sowie über die politische Kultur. Gemeinsam mit Matthias Baer veröffentlichte Seitz im Rüegger Verlag «Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis» (2008). In diesem Jahr erschien – ebenfalls im Rüegger Verlag – «Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz». Diese stellt Seitz anhand der eidgenössischen Wahl- und Abstimmungsergebnisse von 1848 bis 2012 dar – eine mehr als 150-jährige Geschichte von Volksabstimmungen. Es sind dies in erster Linie der konfessionelle, der sprachregionale und der Stadt-Land-Graben. Diese bestehen, wie er in seinem Buch aufzeigt, seit mehreren Jahrhunderten. (BT)